



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831-33
Fernschreiber 0886890

E/KV/250 - 31. Oktober 1960

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 - 3

Gerechtigkeit auch bei der Vermögensbildung

138

Von Dr. Heinrich Deist

Mitglied des Präsidiums der SPD

4 - 5

Von Moskau hängt es ab

64

Vor einer Neuorientierung der norwegischen Militärpolitik

Von unseren Korrespondenten in Skandinavien, Adolph Rastan

6 - 7

Die Bildungslage in Ost und West

60

Vergleichende Bestandaufnahme der Arbeitsgemeinschaft

Sozialdemokratischer Lehrer

Von Joseph Fietz - München

7

Hilfe in der Stille

26

Gute Arbeit des "World University Service"

* * *
* * *

Gerechtigkeit auch bei der Vermögensbildung

Von Dr. Heinrich Deist
Mitglied des Präsidiums der SPD

Es ist nicht uninteressant, die Reaktion der Öffentlichkeit auf den Vorschlag der Sozialdemokratie für eine gerechtere Vermögensbildung und auf die Hänge der CDU und der Bundesregierung zur Ergebnisbeteiligung zu analysieren. Der Vorschlag der Sozialdemokratie hat ein breites Echo gefunden. Die Auseinandersetzung ist hart. Offenbar ist der Öffentlichkeit bewußt geworden, daß diese Vorschläge an den Kern des Problems gehen. Die Ergebnisbeteiligung der CDU hat eine viel geringere Resonanz gefunden. Die Öffentlichkeit hat offenbar ein Gefühl dafür, daß es sich um eine kleine Maßnahme handelt, die nur die Oberfläche des Problems berührt. Dabei ist das der erste ernsthafte Versuch, wenigstens einen kleinen Kreis von Arbeitnehmern, nämlich die Arbeitnehmer hochrentabler Unternehmen, an der Vermögensbildung zu beteiligen. Die Volksaktie war von vornherein in den Augen breiter Schichten dadurch entwertet, daß sie als Tarnmittel für die Verschleuderung wichtiger Bundesunternehmen erdacht war; die ganze Aktion findet im übrigen mit der Veräußerung der lukrativen Teile des Bundesvermögens ihr natürliches Ende. Die Sparprämien müssen in ihrer Wirkung begrenzt bleiben, solange sie nicht mit einer Hebung der Sparfähigkeit verbunden werden.

Kleine Mittelchen helfen nicht

Die einseitige Zusammenballung der volkswirtschaftlichen Vermögensbildung in der Hand der Großunternehmer wirft schwerwiegende Probleme für unsere soziale Ordnung auf. Kleine Mittelchen helfen hier nicht. Solange 60 Prozent der Arbeitnehmer-Haushalte weniger als 600 DM Netto-Einkommen im Monat verdienen, solange viele kleine und mittlere Unternehmer nicht mehr als eine angemessene Entschädigung für ihre Unternehmertätigkeit erwirtschaften, so lange ist eine Vermögensbildung in diesen breiten Schichten der Bevölkerung unmöglich. Wer sparen will, muß sparen können. Ohne eine zielbewußte Hebung der Sparfähigkeit müssen alle Maßnahmen zu einer breiten Vermögensstreuung scheitern. Deshalb steht die Forderung nach einer systematischen Verbesserung der Einkommensverhältnisse breiter Schichten der Bevölkerung im Vordergrund der sozialdemokratischen Vorschläge. Jede aktive Wirtschaftspolitik wirkt sich auf den gesamten Wirtschaftsablauf aus; das ist schließlich auch ihr Zweck. Ihre Aufgabe ist, eine gerechtere Vermögensverteilung unter Aufrechterhaltung eines hohen Wirtschaftswachstums und bei stabilem Preisniveau zu sichern.

Zentrale Aufgabe der Wirtschaftspolitik

Damit wird deutlich, daß eine solche Veränderung der Vermögensverteilung nur möglich ist, wenn sie als zentrale Aufgabe der gesamten Wirtschaftspolitik erkannt und mit allen Mitteln, die dem modernen Staat zur Verfügung stehen, erstrebt wird. Es ist das Verdienst des sozialdemokratischen Vorschlages, daß er auf diese Zusammenhänge in aller

Klarheit hinweist. Heute werden alle Bestrebungen auf eine breitere Vermögensstreuung zunichte gemacht, weil die Wirtschaftspolitik auf eine wichtige Monopol-, Kartell- und Wettbewerbspolitik verzichtet, weil immer wieder durch gesetzgeberische Maßnahmen (Mietpreiserhöhung, Verteuerung des Berufsverkehrs usw.) die Einkommen der Arbeitnehmer ohne jeden Ausgleich geschmälert werden, weil die Steuerpolitik gerade die mittleren Einkommenschichten benachteiligt (Einkommensteuer-Tarif!) und das Großeinkommen und die Großvermögen systematisch begünstigt und weil schließlich sogar den Aktionären der hochrentablen Großunternehmen ermöglicht wird, sich die nicht ausgeschütteten Gewinne früherer Jahre in Form von Gratisaktien ausschütten zu lassen, ohne daß sie dafür einen Pfennig Einkommensteuer zahlen müssen. Versuche zu breiter Eigentumsstreuung können nicht ernst genommen werden, so lange die Wirtschaftspolitik nicht bereit ist, alle ihr in einem freiheitlichen Staatswesen zur Verfügung stehenden Mittel auf breitester Front einzusetzen, um wirksam eine bessere Einkommens- und Vermögensverteilung herbeizuführen.

Hohe Gewinne steuerlich erfassen

Durch eine solche Politik kann die Selbstfinanzierung der Unternehmen und damit die Vermögensbildung der Großwirtschaft wesentlich eingeschränkt werden. Zu besichtigen ist sie in einer stetig wachsenden Wirtschaft nicht. Vermögenszuwachs bleibt weiterhin eine soziale Gefahr. Er muß daher in angemessenem Umfang einer breiten Vermögensstreuung nutzbar gemacht werden. Das Instrumentarium dafür ist seit langem in allen demokratisch geordneten Ländern des Westens und auch in der Bundesrepublik Deutschland entwickelt worden. Deshalb sieht der Vorschlag der SPD folgende Maßnahmen vor:

1. Die hohen Gewinne und der darauf beruhende Vermögenszuwachs der Großwirtschaft müssen in angemessenem Umfang steuerlich erfaßt werden. Hat nicht noch in diesen Tagen der Bundeskanzler festgestellt, daß viele Unternehmen unerhört hohe Gewinne machen und daß dies geändert werden müsse? Niemand wird behaupten wollen, daß Vorschläge, die dieser Empfehlung folgen, etwas mit Enteignung zu tun haben.
2. Die Unternehmen sollen angeregt werden, diese Vermögensabgaben in Form von Vermögenswerten zu bezahlen. Bei der Durchführung des Gratisaktiengesetzes hat die Wirtschaft gezeigt, in welchem Umfang es möglich ist, Vermögenszuwachs in Form von Aktien zu mobilisieren. Warum nicht auch zum Zwecke der Bezahlung von Steuern?
3. Der Ertrag dieser Abgaben soll nicht in den Haushalt fließen, sondern der breiten Vermögensstreuung dienen. Das Modell steht in den Investment-Gesellschaften zur Verfügung. Sie geben auf der Grundlage ihrer Wertpapierfonds Zertifikate aus, die einen hohen Grad von Sicherheit, eine gute Rentabilität und Teilnahme am Wertzuwachs der Wirtschaft gewährleisten. Die gleichen Aufgaben erfüllt die "Deutsche Nationalstiftung" mit der Ausgabe der "Deutschen Volksaktie".

4. Die Deutsche Volksaktie soll den Beziehern mittlerer und kleiner Einkommen mit einem ansehnlichen Nachlaß auf den Kaufpreis angeboten werden, wie das auch bei der bisherigen Volksaktie geschieht. Im Rahmen der sozialdemokratischen Vorschläge erhält diese Maßnahme erst einen guten Sinn, weil sie mit der Hebung der Einkommenslage und der Sparkraft der bisher Benachteiligten zusammenfällt und weil durch die Anwendung auf die Großwirtschaft eine genügende Zahl von "Deutschen Volksaktien" für breiteste Schichten zur Verfügung steht.

Die Besonderheit der Deutschen Volksaktie besteht hiernach darin, dass sie die Mängel der bisherigen Volksaktie - Mittel zur Verschleuderung von Bundesunternehmen, begrenzte Wirksamkeit wegen Beschränkung auf das Bundesvermögen, Gefahr starker Kursschwankungen und Förderung des Spekulationsdenkens - vermeidet und dadurch erst den Grundgedanken einer echten Volksaktie verwirklicht, nämlich möglichst vielen Menschen Chancen zur Beteiligung am Vermögen der deutschen Wirtschaft zu eröffnen.

Die Schwäche der Regierungsvorlage

Die Bundesregierung will die Beteiligung der Arbeitnehmer am Ergebnis ihres Unternehmens fördern, wenn diese Ergebnisbeteiligung der Vermögensbildung dient. Das kann nach allen bisherigen Erfahrungen keine sehr wirksame Maßnahme sein; denn sie hängt von der Entschlieung des einzelnen Unternehmens ab und wird nur bei sehr ertragreichen Unternehmen Anwendung finden. Hier droht ausserdem die Begünstigung ganz kleiner privilegierter Gruppen und bei der Ausgabe von Arbeiteraktien eine weitere unerwünschte Bindung an den Betrieb. Auch dieser Gedanke sollte seiner grössten Mängel entkleidet werden, indem man tarifvertragliche Vereinbarungen fördert.

Auch gegen sie können noch Bedenken erhoben werden. Aber die Vorzüge tarifvertraglicher Vereinbarungen gelten für einen größeren Kreis von Arbeitnehmern als bei der Beschränkung auf Einzelunternehmen. Die Gewerkschaften können ihren Einfluss geltend machen und Formen entwickeln, die den Interessen der Arbeitnehmer ausreichend Rechnung tragen. Es kann Rücksicht auf die verschiedene Ertragslage der Unternehmen des Tarifbereichs genommen werden. Die Sozialdemokratie möchte mit ihrem Vorschlag ausserdem die Möglichkeit geben, in freien Vereinbarungen auch andere Wege zu einer gerechteren Vermögensbildung zu beschreiten.

Mit ihrer Initiative hat die Sozialdemokratie neue Wege zu einer gerechteren Vermögensbildung aufgezeigt, die mit Enteignung und Kollektivismus nichts, aber mit einer freihheitlichen und sozialen Ordnung des Gemeinschaftslebens alles zu tun haben. Jeder gutwillige Deutsche sollte es begrüßen, dass sich die Sozialdemokratie an die Spitze aller derer stellt, die helfen wollen, dass möglichst viele Menschen sparen, Vermögen bilden und Eigentum erwerben können.

4. Die Deutsche Volksaktie soll den Beziehern mittlerer und kleiner Einkommen mit einem ansehnlichen Nachlaß auf den Kaufpreis angeboten werden, wie das auch bei der bisherigen Volksaktie geschieht. Im Rahmen der sozialdemokratischen Vorschläge erhält diese Maßnahme erst einen guten Sinn, weil sie mit der Hebung der Einkommenslage und der Sparkraft der bisher Benachteiligten zusammenfällt und weil durch die Anwendung auf die Großwirtschaft eine genügende Zahl von "Deutschen Volksaktien" für breiteste Schichten zur Verfügung steht.

Die Besonderheit der Deutschen Volksaktie besteht hiernach darin, dass sie die Mängel der bisherigen Volksaktie - Mittel zur Verschleuderung von Bundesunternehmen, begrenzte Wirksamkeit wegen Beschränkung auf das Bundesvermögen, Gefahr starker Kursschwankungen und Förderung des Spekulationsdenkens - vermeidet und dadurch erst den Grundgedanken einer echten Volksaktie verwirklicht, nämlich möglichst vielen Menschen Chancen zur Beteiligung an Vermögen der deutschen Wirtschaft zu eröffnen.

Die Schwäche der Regierungsvorlage

Die Bundesregierung will die Beteiligung der Arbeitnehmer am Ergebnis ihres Unternehmens fördern, wenn diese Ergebnisbeteiligung der Vermögensbildung dient. Das kann nach allen bisherigen Erfahrungen keine sehr wirksame Maßnahme sein; denn sie hängt von der Entschließung des einzelnen Unternehmens ab und wird nur bei sehr ertragreichen Unternehmen Anwendung finden. Hier droht ausserdem die Begünstigung ganz kleiner privilegierter Gruppen und bei der Ausgabe von Arbeiteraktien eine weitere unerwünschte Bindung an den Betrieb. Auch dieser Gedanke sollte seiner grössten Mängel entkleidet werden, indem man tarifvertragliche Vereinbarungen fördert.

Auch gegen sie können noch Bedenken erhoben werden. Aber die Vorzüge tarifvertraglicher Vereinbarungen gelten für einen größeren Kreis von Arbeitnehmern als bei der Beschränkung auf Einzelunternehmen. Die Gewerkschaften können ihren Einfluss geltend machen und Formen entwickeln, die den Interessen der Arbeitnehmer ausreichend Rechnung tragen. Es kann Rücksicht auf die verschiedene Ertragslage der Unternehmen des Tarifbereichs genommen werden. Die Sozialdemokratie möchte mit ihrem Vorschlag ausserdem die Möglichkeit geben, in freien Vereinbarungen auch andere Wege zu einer gerechteren Vermögensbildung zu beschreiten.

Mit ihrer Initiative hat die Sozialdemokratie neue Wege zu einer gerechteren Vermögensbildung aufgezeigt, die mit Enteignung und Kollektivismus nichts, aber mit einer freiheitlichen und sozialen Ordnung des Gemeinschaftslebens alles zu tun haben. Jeder gutwillige Deutsche sollte es begrüssen, dass sich die Sozialdemokratie an die Spitze aller derer stellt, die helfen wollen, dass möglichst viele Menschen sparen, Vermögen bilden und Eigentum erwerben können.

Von Moskau hängt es ab

Von unserem Korrespondenten in Skandinavien, Adolph Rastan

Die norwegische Regierung hat durch ihren Außenminister Halvard Lange eine Erklärung abgegeben, die im ganzen Norden großes Aufsehen erregte. In einer Rede im Storting deutete Lange an, daß die Regierung sich gezwungen sehen könnte, ihre jetzige NATO-Politik zu überprüfen. Das bedeutet, daß die norwegische Staatsführung unter Umständen ihren bisherigen Widerstand gegen die Atombewaffnung oder Stationierung ausländischer Streitkräfte auf norwegischem Boden oder beides aufgeben würde.

Die Erklärung der norwegischen Regierung ist einer lange Kette von sowjetischen Drohungen und scharfen Noten an Norwegen vorausgegangen. Ausgelöst wurde die Kette durch den U-2-Zwischenfall im Mai, der Chruschtschow die unmittelbare Veranlassung gab, die Pariser-Gipfalkonferenz zu sprengen. Norwegen hatte mit der U-2-Episode nicht das geringste zu tun. Die in Washington vorgeschriebene Landung des amerikanischen Spionageflugzeugs im norwegischen Flughafen Bodø war den norwegischen Behörden völlig unbekannt, und als die USA die Panne zugeben mußten, war es die norwegische Regierung, die am schärfsten in Washington Protest einlegte. Das hat aber Moskau nicht davon abgehalten, Norwegen noch schroffer anzugreifen und zu drohen als in Washington.

Außenminister Lange betonte in seiner Rede, die Regierung teile die Ansicht nicht, daß Norwegen vor der Gefahr eines sowjetischen Angriffes stünde. Er wünschte aber klar zu machen, daß die sowjetischen Vorstöße die norwegische Regierung veranlassen könnte, zu überprüfen, ob die gegenwärtige Politik mit den Einschränkungen und Vorbehalten dem Sicherheitsbedürfnisse des Landes noch genügend Rechnung trage.

Die Einschränkungen und Vorbehalte - Nicht-Stationierung ausländischer Streitkräfte und Nicht-Atombewaffnung der norwegischen Streitkräfte - beruhen auf einer Beschlussfassung der sozialdemokratischen Regierung und des Stortings, gestützt auf eine einmütig angenommene Resolution der norwegischen Arbeiterpartei auf dem Parteitag 1957. Es wäre also verfrüht, die Erklärung Langes so aufzufassen, daß Norwegen jetzt unmittelbar vor einer Änderung seiner NATO-Haltung stünde. Eher muss die Andeutung als eine Warnung an Moskau gedeutet werden, als ein Ausdruck des Überdresses über die ständigen sowjetischen Einmischungen und propagandistischen Vorstöße gegen Norwegen. Die Beschlussfassung der

sozialdemokratischen Partei, keine Atomwaffen und keine Stationierung ausländischer Streitkräfte zuzulassen, gibt in Wirklichkeit gar keine Möglichkeit, diese Haltung ohne weiteres zu revidieren. Die Atom-Resolution wurde in einer bindenden Form angenommen, die keinen Eventualfall vorsieht, ein Gegensatz zu der Erklärung der dänischen Regierung, in welcher es hiess, daß Dänemark "unter den gegebenen Umständen" von Atombewaffnung und Stationierung ausländischer Streitkräfte Abstand nimmt.

In der Zwischenzeit haben sich massgebende sozialdemokratische Politiker dafür ausgesprochen, daß die Beschlussfassung geändert werden müesse, damit die Regierung in die Lage versetzt würde, die Frage der Atombewaffnung oder Stationierung im Licht der neuen militärischen und ausenpolitischen Gegebenheiten überprüfen zu können. Es kann mit Sicherheit angenommen werden, daß dieses Problem auf dem nächsten Parteitag im Frühjahr 1961 zur Debatte stehen wird.

Kürzlich hat der Parteivorstand der Arbeiterpartei mit gewissen neutralistischen Kreisen innerhalb der Partei aufgeräumt. Es handelt sich um linksradikale und teils prokommunistische, meistens intellektuelle Gruppen, die sich um die Zeitschrift "Orientierung" gesammelt haben und sich an Fraktionsbildung beteiligen. Die Gegenoffensive Langes gegen Moskau wird verständlicherweise mit besonderem Interesse in Dänemark beobachtet. Eine eventuelle Änderung der norwegischen NATO-Haltung birgt in sich Probleme und Konsequenzen, die das Verhältnis zwischen Dänemark und Norwegen wie überhaupt die Lage im Norden grundsätzlich berühren. Deshalb muss man annehmen, daß vorläufigkeits Änderung der Militärpolitik Norwegens in Frage kommt. Den Schlüssel für eine Neuorientierung der norwegischen Militärpolitik hat Moskau in der Hand.

+ + +

Die Bildungslage in Ost und West

Vergleichende Bestandsaufnahme der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Lehrer

Von Joseph Tietz - München

In München fand in Anwesenheit von 200 Delegierten und zahlreichen Gästen die pädagogische Arbeitstagung und Hauptversammlung der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Lehrer (ASL) in der Zeit vom 28. bis 31. Oktober statt. Vor einem Jahr tagte die Hauptversammlung der ASL in Duisburg, wo sie sich erstmals öffentlich mit dem Rahmenplan des Deutschen Ausschusses für das Schulwesen in der Bundesrepublik beschäftigte. Sie hatte an diesem Plan einige Schönheitsfehler auszusetzen, hiess ihr aber alles in allem gut. Doch blieb es für die meisten Länder beim Plan. Die schulpolitische Situation der Bundesrepublik ist damit gegenüber der sowjetzonalen Entwicklung weiterhin ins Hintertreffen geraten, das gab auch der Vorsitzende der ASL, Prof. Dr. K. Bechert, MdB, unumwunden zu. Es bedürfe aller Anstrengungen des Westens, so wurde im Verlaufe der Tagung wiederholt zum Ausdruck gebracht, den Vorsprung des Ostens aufzuholen.

Die unübersehbaren Verschiedenheiten des Bildungs- und Ausbildungswesens in West und Ost, die nicht nur in der Verschiedenheit der Ideologien wurzeln, sondern mehr und mehr in den völlig anders gelagerten, materiellen Bedingungen und Erziehungsmethoden- und Zielen ihren Ausdruck finden, gaben den Verhandlungen der Tagung das Gepräge.

In Referaten von Dr. Ebers, Landesschulrat in Berlin, Kultusminister Prof. Dr. Schütte aus Hessen, Dr. Harto, Schulrat in Duisburg und Dr. Kübler, Studienrat in Mannheim, anschliessenden lebhaften Diskussionen und zwei Entschliessungen zur politischen Bildung in den Schulen und zum Schulaufbau wurde um Weg und Ziel der ASL hart gerungen. Es war zu erwarten, dass um das Primat der beiden Pläne (Rahmenplan des Deutschen Ausschusses und Bremer Plan der Arbeitsgemeinschaft der Lehrerverbände) ein Tauziehen stattfinden werde.

Den Rahmen der Pläne, das zeigte der Verlauf der Tagung, kann man jedoch weder mit philosophischen Formeln, noch mit billigen Optimismus füllen. Wir mögen uns die Köpfe zerbrechen, wie wir künftig Menschen, die ihre sittliche Haltung an klassischen Leitbildern ausgerichtet haben, ernstlich und erfolgreich davon abhalten können, in bestimmten Situationen in Rassenwahn und Diktatur-Romantik zurückzufallen, oder eine auf die Arbeitswelt bezogene Erziehung der praktischen Bewährung hinsteuern können, wir werden eine Kalamität nicht los: es fehlen wesentliche, geistige und materielle Voraussetzungen für eine gründliche Reform und Aktivierung unseres Erziehungswesens in Richtung auf eine freiheitliche Gesellschaft.

"Der Wettlauf der Gehirne" zwischen West und Ost läuft auf vollen Touren. Wer das nicht sieht, ist mit Blindheit geschlagen. Der Osten richtet Bildung und Ausbildung des Menschen auf die Produktion aus, er sieht im Kollektiv sein Heil und seine Zukunft. Im Westen aber tobt sich ein wilder Egoismus aus, begründet auf einen Individualismus der Ellenbogenstärke. Der soziale Hochmut und die politische Astinenz halten

einander die Waage. Daher finden wir in der Bundesrepublik auch keinen ernststen Willen zu einer Hochschulreform, keine ernste Anstrengung zur Neuordnung unseres Schulwesens, keinen erfolgversprechenden Versuch, die Erwachsenenbildung tatkräftig zu fördern.

Freilich, so darf man aus der vergleichenden Bestandsaufnahme des ASL schliessen, bedient man sich im Osten eines technisch durchkonstruierten Schulapparates, der eingleisig zur Verwendung des Menschen in der Produktion und für das Kollektiv führt. Damit wird die Selbstentfremdung des Menschen sicher nicht aufgehoben. Aber der Westen hat den "Wettlauf der Gehirne" zu bestehen, oder er wird unterliegen. Er muss die Basis zu einer gemeinschaftsbildenden Kraft finden. Es darf nicht sein, dass es vom Geldbeutel der Eltern abhängt, ob ihr begabtes Kind seine Fähigkeiten ausbilden kann oder verkümmern lassen muss. Das zu ändern ist aber eine Aufgabe der Politik; eine gesellschaftspolitische Forderung, von deren Realisierung es abhängt, ob der Westen das Spiel im wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Kräftefeld der Welt gewinnt oder verliert.

+ + +

Hilfe in der Stille

sp - Oft geschieht in der Stille mehr als im Rampenlicht der Öffentlichkeit. So hat jetzt das deutsche Komitee des "World University Service" (WUS) bekanntgeben können, dass aus Spenden von deutschen Studenten und Dozenten sowie aus Beiträgen der Bundesregierung und der Wirtschaft etwa 100 000 DM für das Jahr 1961 dem Hilfsfonds des WUS zur Verfügung gestellt werden können. Nach dem Kriege gehörte die Bundesrepublik für lange Zeit zu den Empfängern von Auslandsspenden für hilfsbedürftige Studenten. Jetzt ist das deutsche Komitee der internationalen Selbsthilfeorganisation der Studenten an die sechste Stelle der Gebernationen gerückt. Zur Zeit beteiligen sich die Studenten aus 43 Nationen an dem Hilfswerk, das sich die Aufgabe gestellt hat, überall dort einzugreifen, wo begabte, aber finanziell bedürftige Studenten eine Hilfe brauchen. Jährlich werden auf diese Weise sechs bis sieben Millionen DM aufgebracht. Der "World University Service" legt Wert darauf, dass nicht nur materielle Hilfe für notleidende Studenten geleistet wird; er will erreichen, dass durch vielfältige internationale Verbindungen der Studenten untereinander auch die Einführung in die Lebensgewohnheiten ausländischer Studenten in ihren Gastländern ermöglicht wird und dass auf diese Weise ein enges Band zwischen Studenten zahlreicher Nationen geknüpft wird. - Hier entwickelt sich eine der Öffentlichkeit kaum bekannte Solidarität, deren Bedeutung sichtbar werden wird, wenn die heute noch studierenden jungen Menschen später einmal in ihren Heimatländern Positionen einnehmen, von denen aus sie in der Lage sind, auf das politische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Leben Einfluss zu nehmen. Manche, die am Start ihrer Laufbahn Hilfe erhielten, werden sich gern jener Verbindungen erinnern, die im Rahmen dieser Hilfe entstanden sind.

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel